

Messlatte für die Klimaregierung

Selten stand Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten am Beginn einer neuen Legislaturperiode vor so großen Herausforderungen. Die bisherige Regierung hat es nicht geschafft, unser Land auf einen Kurs zur Einhaltung des 1,5-Grad-Zieles zu bringen. Flutkatastrophen, Waldbrände und andere Zeichen der voranschreitenden Klimakatastrophe häufen sich. Gleichzeitig müssen wir Antworten auf die Biodiversitätskrise finden, denn durch Übernutzung und Zerstörung der Ökosysteme verlieren wir so schnell wie noch nie die Grundlage der Biologischen Vielfalt. Die neue Bundesregierung muss die Frage beantworten, wie unser Wirtschaftssystem wachstumsunabhängig gestaltet und sozialer und ökologischer werden kann. Sie muss Lösungen erarbeiten, wie im Zuge des notwendigen Strukturwandels und gesellschaftlichen Umbaus die ökologischen Krisen bewältigt werden können, weniger Ressourcen verbraucht werden und mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen wird - hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Der nächste Bundeskanzler muss daher ein Klimakanzler sein, die nächste Bundesregierung eine Klimaregierung. Sie muss die anstehenden Umweltprobleme entschlossen anpacken.

Massive Investitionen werden notwendig sein. Vor dem Hintergrund der Haushaltsbelastungen in Pandemiezeiten muss nach Wegen gesucht werden, die Ausgaben generationengerecht zu gestalten. Es gilt, klimaschädliche Subventionen abzubauen. In Deutschland fließen jährlich rund 60 Milliarden Euro in umweltschädliche Subventionen. Es ist nicht mehr vermittelbar, dass mit Steuergeldern das Klima weiter angeheizt wird. Die neue Regierung muss unverzüglich mit dem Abbau der Subventionen beginnen und die so gewonnen Mittel in den klimafreundlichen Umbau investieren.

Energiewende

Die Bundesregierung muss innerhalb eines Jahres einen Plan zum Ausstieg aus der fossilen Infrastruktur vorlegen. Dieser tiefgreifende Wandel muss für Betroffene in den Branchen und Regionen verlässlich und planbar ablaufen. Deutschland muss bis spätestens 2040 klimaneutral sein. Das heißt: bis spätestens 2030 ist Schluss mit der Kohle, ab 2035 für Gas. Bis 2030 muss der Ökostromanteil dafür bei mindestens 80 Prozent liegen. Das bedeutet pro Jahr einen Zuwachs von mindestens sieben Gigawatt (GW) Wind und mindestens zehn GW Photovoltaik im Jahr. Ein erneuter Einstieg in die Atomkraft ist keine Alternative. Der radioaktive Müll aus Atomkraftwerken muss sicher untergebracht werden.

Bis 2040 muss der Energieverbrauch um mindestens die Hälfte sinken. Der Gebäudesektor nimmt hier eine Schlüsselrolle ein. Das Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands muss mit Effizienzstandards für Neubau (Passivhaus) und Sanierung (KfW-55) verfolgt werden. Die Kosten für energetische Modernisierungen müssen fair verteilt werden. Hierzu ist die Kostenumlage im Mietrecht anzupassen, sind Förderprogramme an klimaverträglichen Standards auszurichten sowie staatliche Hilfsangebote für Härtefälle zu entwickeln. Der auf fossile Heizungen anfallende CO₂-Preis muss von Vermieter*innen getragen werden.

Die neue Bundesregierung muss eine naturverträgliche Energiewende wieder zum gemeinschaftlichen Projekt machen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien gehört in die Hand von Bürger*innen, Kommunen, Stadtwerken und Genossenschaften. Das gibt starke Impulse für die lokale und regionale Wirtschaft, schafft Arbeitsplätze und trägt zu stabilen Kommunen bei. Markthindernisse müssen beseitigt werden. Wind-Projekte mindestens bis 18 Megawatt (MW) und Photovoltaik bis ein MW sollen nicht mehr ausgeschrieben werden müssen.

Mobilitätswende

Die Herausforderungen im Bereich Mobilität sind immens und müssen durch eine Klimaregierung angegangen werden. Die Mobilität von morgen muss nachhaltig sein, umweltfreundlich, ressourcen-effizient, leise, barrierefrei

und bezahlbar. Wir müssen den Autoverkehr halbieren und die Klimaneutralität im Verkehr bis 2035 erreichen. Als ersten Schritt braucht Deutschland ein generelles Tempolimit auf Autobahnen von 120 km/h, eine Abschaffung aller klimaschädlichen Subventionen im Verkehr und eine faire Verteilung des Straßenraums.

Bei Herstellung, Betrieb und Recycling gilt: Fahrzeuge müssen energie- und ressourceneffizient sein. Faire Lieferketten und eine Kreislaufwirtschaft sind Voraussetzung für die Zulassung neuer Fahrzeuge. Wir brauchen ein Verbot für neue Verbrenner bis spätestens 2030. Für den Pkw darf es keine Förderung von Wasserstoff, e-Fuels und biogenen Kraftstoffen geben. Der Kauf bzw. der Besitz besonders energie- und ressourcenintensiver Fahrzeuge muss teurer werden.

Die Transformation gelingt nur mit einer Perspektive für die Beschäftigten der Autoindustrie angesichts des Wandels in ihrer Branche. Es braucht eine klare Strategie der Bundesregierung für diesen Wandel sowie regionale Transformationskonzepte und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen.

Wir brauchen einen sofortigen Stopp der Planung und des Baus von Fernstraßen sowie eine komplette Neuausrichtung der Bedarfspläne des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 unter Berücksichtigung sämtlicher Klima- und Umweltbelange und einer guten und frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung.

Es braucht ein Programm, das den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) so finanziert, dass eine Verdoppelung der Fahrgastzahlen bis 2030 erreicht wird. Ziel einer Investitionsoffensive in die Schiene muss sein, bis zum Jahr 2030 Kurzstreckenflüge komplett auf die Schiene zu verlagern und eine Verdoppelung des Verkehrsanteils der Schiene am Güterverkehrs zu erreichen.

Gemeinwohlorientierte Landwirtschaft und Artenschutz

In der Zukunftskommission Landwirtschaft wurden ein breiter gesellschaftlicher Konsens für die Zukunft der Landwirtschaft gefunden und erste Schritte für eine Transformation beschrieben. Eine Zukunftsregierung muss den Umbau zu einer am Gemeinwohl orientierten Landwirtschaft, die die Zukunft von Bäuerinnen und Bauern sichert, jetzt Hand in Hand mit den Betroffenen beginnen. Für den Umbau der Nutztierhaltung bis 2040 braucht es jetzt ein verlässliches Finanzierungssystem, eine verbindliche, staatliche Haltungskennzeichnung und Obergrenzen von Tieren pro Betrieb.

Den Verfall unserer Artenvielfalt zu stoppen, wird nur mit drastisch weniger chemisch-synthetischen Pestiziden gelingen. Eine bundesweite Strategie wird deren Einsatz bis 2030 halbieren müssen. Auch neue Gentechnikverfahren in der Landwirtschaft, sind Gentechnik und müssen weiter als solche reguliert werden. Der Ausbau des ökologischen Landbaus muss finanziell abgesichert werden. Ziel sind 25 Prozent bis 2030.

Unsere Wäldern setzen Klimakrise und intensive Forstwirtschaft zu. Eine Waldwende ist überfällig. Um unsere Kultur- und Naturlandschaften, wie auch unsere Flüsse und Seen zu schützen, bedarf es einer ökologisch verträglichen Landnutzung und finanziell starker Naturschutz-Programme.

Das Bundeswaldgesetz muss hierfür umgehend ökologische Mindeststandards für alle Waldbesitzarten festlegen. Bis 2025 sollen mindestens zehn Prozent der Waldfläche als Naturwälder ausgewiesen werden. Ein Bund-Länder-Programm treibt den Waldumbau voran.

Die Biologische Vielfalt braucht eine Milliarde Euro im Jahr. Dazu gehört auch ein Sofortprogramm für besonders bedrohte Arten.

Flüsse brauchen Raum, sonst drohen uns weitere Hochwasserkatastrophen. In der Klimakrise noch mehr als bisher. Überflutungsflächen müssen gefunden, andere Nutzungen gefördert und die Versiegelung der Landschaft gestoppt werden.

Ressourcenwende

Öl, Holz, Gips: Immer mehr Rohstoffe werden knapp und teuer. Die hohen Profite wirken wie ein Brandbeschleuniger für die weitere Ausbeutung unserer Vorräte. Über 90 Prozent des Artenschwundes sind mit der Bereitstellung und Umwandlung von Rohstoffen verbunden – ebenso die Hälfte der Treibhausgasemissionen.

Die Bundesregierung muss deutliche Signale für einen sparsamen Umgang mit Ressourcen setzen. Die Instrumente sind bekannt:

Erstens brauchen wir nationale und internationale Ressourcenschutzziele und Regelungen. Diese müssen rechtlich verbindlich sein, mit dem Ziel, den Ressourcenverbrauch drastisch und absolut zu reduzieren. Die neue Bundesregierung sollte sich bei den Vereinten Nationen für eine Konvention stark machen, die global gültige Ziele und Prinzipien eines nachhaltigen Chemikalien-, Stoffstrom- und Abfallmanagements festlegt und die Chemieindustrie nach dem Verursacherprinzip finanziell in die Pflicht nimmt.

Hierzu gehört auch ein Verbot von gesundheits- und umweltschädlichen Chemikalien in Produkten - angefangen mit den Fluorchemikalien (PFAS) und mehr Transparenz über die Zusammensetzung von Materialien und Produkten.

Zweitens müssen wir unser lineares Wirtschaften zu einem zirkulären, ressourcensparenden umbauen. Dafür brauchen wir eine schadstofffreie Kreislaufwirtschaft, in der wertvolle Ressourcen nicht verloren gehen, etwa durch Müllverbrennung oder energieintensive chemische Verwertung. Hierzu gehört auch das Recht auf Reparatur, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Reparaturdienstleistungen, die Einführung eines einheitlichen Mehrweg-Poolsystems und die Förderung von Sharing-Angeboten.

Drittens sollten Primärrohstoffe konsequent besteuert werden, damit sich Recyclingmaterialien auch rechnen. Mit den Einnahmen muss ein sozialer Ausgleich erfolgen.

Stand: 6. Oktober 2021